Bericht

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 18/4097, 18/4199, 18/5420 —**

Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung

**Bericht der Abgeordneten Dr. Reinhard Brandl, Martin Gerster, Dr. Dietmar
Bartsch und Anja Hajduk**

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, das Bleiberecht sowie das Ausweisungs- und Abschiebungsrecht zu reformieren.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die öffentlichen Haushalte stellen sich wie folgt dar:

Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Für den Bund kann die Regelung des § 25b des Aufenthaltsgesetzes in der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu Mehrausgaben in geringem, nicht genau bezifferbarem Umfang führen. Die Mehrausgaben werden im Einzelplan 11 innerhalb der geltenden Haushalts- und Finanzplanansätze aufgefangen. Entsprechendes gilt für das Wohngeld in Bezug auf den Einzelplan 16. Im Umfang der Mehrausgaben des Bundes werden die Kommunen entlastet.

Im Zusammenhang mit dem Besuch von Integrationskursen wird von Haushaltsausgaben in Höhe von rund 6 Mio. Euro ausgegangen.

Der Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln beim Bundesministerium des Innern und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll finanziell und stellenmäßig innerhalb des Einzelplans 06 ausgeglichen werden.

Erfüllungsaufwand

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürger entsteht Erfüllungsaufwand in Höhe von 3.137.100 Minuten bzw. 52.285 Stunden.

Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht Erfüllungsaufwand, da derjenige, der geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt, der zuständigen Behörde Auskunft über die Zugangsdaten zu Mobiltelefonen oder Smartphones erteilen muss, wenn der betreffende Ausländer die Zugangsdaten nicht zur Verfügung stellt, vgl. § 48a Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes. Aufgrund der Anforderungen, die an die Auswertung von Datenträgern durch die Behörden zu stellen sind, ist aber nicht davon auszugehen, dass künftig in erheblicher Zahl Zugangsdaten zu den aufgeführten Endgeräten erfragt werden. Der Aufwand ist daher nicht genau bezifferbar. Eine Entschädigung der Telekommunikationsdienstleister ist gesetzlich vorgesehen.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Für die Wirtschaft, d. h. für geschäftsmäßige Telekommunikationsanbieter, wird eine Pflicht zur Auskunftserteilung über Zugangsdaten gemäß § 48a des Aufenthaltsgesetzes eingeführt.

Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung entsteht in den nächsten Jahren ein Erfüllungsaufwand in Höhe 2.710.157 Euro.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben. Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 1. Juli 2015

Der Haushaltsausschuss

Dr. Gesine Löttsch
Vorsitzende

Dr. Reinhard Brandl
Berichterstatter

Martin Gerster
Berichterstatter

Dr. Dietmar Bartsch
Berichterstatter

Anja Hajduk
Berichterstatteerin